

Islamisierung stoppen! Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf! Die islamistische Terrorgefahr bekämpfen!

Diese Forderungen hat sich die Bürgerbewegung pro NRW auf die Fahnen geschrieben. Forderungen, die von einer deutlichen Mehrheit der einheimischen Bevölkerung geteilt werden, aber von den etablierten Parteien schlichtweg ignoriert werden. Egal ob Grüne, SPD, FDP oder auch CDU – alle übertreffen sich geradezu in ihrer naiven und gefährlichen „Toleranz“-Rhetorik! Dabei wissen wir alle von der tagtäglichen Gefahr durch islamistische Fundamentalisten, Hassprediger und Terrorzellen vor der eigenen Haustüre!



In mehreren Kölner Vorort-Zügen konnte nur aufgrund defekter Zünder ein Blutbad unter den Fahrgästen verhindert werden – dieser Fall der Kofferbomber-Attentäter ging bundesweit durch die Medien. Ebenso wie die Aufdeckung der Sauerländer Terrorzelle: Praktisch in letzter Minute konnten durch die Sicherheitsbehörden brutale Bombenanschläge verhindert werden: Die Chemikalien und Bauanleitungen für gewaltige Sprengsätze hatten sich die Terroristen schon verschafft!

Neueste Ermittlungsergebnisse haben zudem eine Spur von den New Yorker Attentätern am 11. September 2001 nach Duisburg ergeben: Die Flugzeugentführer um Mohammed Atta sollen ihre Instruktionen von einem in Duisburg lebenden Islamisten erhalten haben. In einer Duisburger Moschee sollen Zeugenaussagen zufolge, die Details der Anschläge besprochen worden sein!

Zu alldem schweigt die etablierte Politik oder übt sich in grenzenloser Verharmlosung. Vor allem

www.pro-nrw.org

bestreiten CDU, SPD und Co. den Zusammenhang zwischen der wachsenden islamischen Parallelgesellschaft in muslimisch geprägten Einwandererghettos und der Gefahr des islamistischen Terrors.

Die Bürgerbewegung pro NRW sagt dagegen: Die kulturelle und ethnische Überfremdung unserer Städte steht in einem direkten Zusammenhang mit den Kölner Kofferbomber-Attentätern, der Sauerländer Terrorzelle oder den Duisburger Fanatikern! Deswegen muß ein weiteres Ausbreiten islamischer Parallelgesellschaften unbedingt verhindert werden. Das Recht auf freie Religionsausübung beinhaltet eben nicht ein Grundrecht auf protzige Großmoscheen, weder in Köln, Aachen, Duisburg, Gelsenkirchen noch anderswo. Hier könnte der Gesetzgeber mit den Mitteln des Baurechtes und anderer Verwaltungsvorschriften leicht eingreifen – wenn er denn wollte ...

Für eine bürgernahe Politik, für unsere traditionellen Werte, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit!

Mit der Bürgerbewegung pro NRW haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen endlich eine politische Kraft an ihrer Seite, die sich ausschließlich für die Interessen der einheimischen Bevölkerung stark macht. Das schließt vor allem den Kampf gegen Islamisierung, Überfremdung und islamistische Terrorgefahr ein! Unsere zahlreichen kommunalen Mandatsträger in Städten und Gemeinden stellen das seit Jahren eindrucksvoll unter Beweis. Mit dieser Petition an den nordrhein-westfälischen Landtag werden diese Probleme über die Kommunen hinaus erstmals auf Landesebene ernsthaft thematisiert. Mit jeder Unterschrift wird es den Mächtigen schwerer fallen, diese berechtigten Sorgen der Bürger zu ignorieren.



Rechtsanwältin
Judith Wolter, 29 Jahre,
Fraktionsvorsitzende
im Rat der Stadt Köln

www.pro-nrw.org

BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW



Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf!



Islamistische Terrorgefahr bekämpfen!

www.pro-nrw.org

Anschrift:
Postfach 10 17 05, 40008 Düsseldorf

Telefax:
0 2171/40 49 51

Bitte deutlich schreiben!

ePost:
info@pro-nrw.org

Petition

nach Art. 17 GG

Unterschriftenlisten bitte ausfüllen
und einsenden an:

Bürgerbewegung pro NRW

Postfach 10 17 05, 40008 Düsseldorf



Der nordrhein-westfälische Landtag wird aufgefordert, die nötigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, um in Zukunft weitere Großmoscheebauten, Minarette und Muezzinruf in unseren Städten und Gemeinden zu verhindern. Zudem soll das Land Nordrhein-Westfalen geeignete Maßnahmen ergreifen, um islamistische Zentren zügig schließen und radikale muslimische Haßprediger umgehend abschieben zu können.

Ganz Deutschland erlebt einen dramatischen demographischen und kulturellen Wandel. Durch eine unkontrollierte Masseneinwanderung aus dem außereuropäischen, oftmals islamischen Kulturkreis haben wir jetzt – im wahrsten Sinne des Wortes – eine tickende Zeitbombe in vielen unserer Städte und Gemeinden. Direkt unter uns haben sich islamistische Terrorzellen gebildet. Seien es die Kölner Kofferbomben-Attentäter, sei es die Sauerländer Terrorzelle, seien es die jüngst aufgedeckten Verbindungen der Attentäter des 11. September ins Ruhrgebiet: Im Umfeld zahlreicher Moscheen und islamischer Zentren hat sich eine gewaltbereite islamistische Parallelgesellschaft entwickelt.

Gefördert wird diese Entwicklung durch ein immer selbstbewußteres Auftreten der islamischen Bevölkerungsgruppe, das sich nach außen hin durch protzige Großmoscheebauten, riesige Minarette und Muezzinruf darstellt. Aus diesen Gründen ist auch dieser aggressiven islamischen Machtsymbolik in unserer christlich-abendländisch geprägten Heimat Einhalt zu gebieten. Die hier rechtmäßig lebenden Muslime sollen sich, wie so viele Hunderttausende europäischer Einwanderer es vor ihnen erfolgreich getan haben, in die deutsche Mehrheitsgesellschaft integrieren, die deutsche Sprache erlernen und sich den hiesigen Sitten und Gebräuchen anpassen.

Bitte schicken Sie mir
weitere Infos von pro NRW zu

Vor- und Zuname	Straße und Haus-Nr.	PLZ, Wohnort	Telefon	Unterschrift
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>
				<input type="checkbox"/>

Ihre Anschrift wird bei pro NRW für *kostenlose* Infosendungen gespeichert, falls Sie das Optionsfeld rechts ankreuzen. Sie können die Anschrift jederzeit wieder löschen lassen.

V.i.S.d.P.: Bernd M. Schöppe, Peter-Franzen-Straße 27, 50827 Köln

Satz und Druck: Medienservice BMS, Telefon: 0177/2 02 07 16, ePost: Medienservice@Koeln.de